Er muss es ernst gemeint haben, denn es steht schwarz auf weiß in einer offiziellen Pressenotiz der Deutschen Bundesbank [PDF – 244 KB] vom 19.06.06:
„Ende 2005 kamen die deutschen Haushalte auf ein Nettogeldvermögen von 2,69 Billionen €. Das sind pro Haushalt im Durchschnitt knapp 70.000 €, in etwa doppelt so viel wie Anfang der neunziger Jahre."
Die ökonomische Logik unseres obersten Bankers lautet also etwa so: Wenn ich 20.000 Euro auf dem Sparkonto habe und mein Nachbar hat 10.000 Euro Schulden, dann haben wir beide im Durchschnitt 5.000 Euro. Darüber kann sich mein Nachbar aber richtig freuen! Eigentlich müsste ein homerisches Gelächter über Axel Weber durch den Blätterwald schallen. Aber fast alle drucken diese Durchschnittszahl ohne jeden realen Aussagewert über die tatsächliche Verteilung des Nettogeldvermögens nach.

Franz Josef Strauß soll einmal einen lästigen Diskutanten mit der Frage abgewatscht haben: „Haben Sie überhaupt Abitur?" Ähnlich macht es das Handelsblatt mit dem Finanzexperten der SPD, Joachim Poß, weil sich dieser erdreistete, den Präsidenten der Bundesbank zu kritisieren, weil dessen Rezepte „in der konkreten Wirklichkeit nicht helfen." Das hat offenbar einen Straußschen Jähzorn in der Redaktion ausgelöst: „Bankpräsident Weber studierte Volkswirtschaftslehre, lehrte jahrelang als Universitätsprofessor und gehörte dem Sachverständigenrat („Wirtschaftsweise") an. SPD-Experte Poß hat einen Realschulabschluss und studierte nie." Poß hat kein Abitur und Weber ist studierter Volkswirt, das reicht offenbar den Fachleuten des Wirtschaftsblatts aus, um die Kompetenz unseres Währungshüters ausreichend bewiesen zu haben.

Welch großartiges Finanzgenie unser studierter Volkswirt, Professor, Wirtschaftsweiser und Bundesbankpräsident ist, belegt er nachdrücklich mit seiner Presseveröffentlichung „Finanzvermögen und Verschuldung privater Haushalte in Deutschland". Danach ist im Jahr 2005 das Finanzvermögen der deutschen Haushalte weiter beträchtlich gewachsen, und zwar um 180 Milliarden € auf 4,26 Billionen €. Zieht man die Verschuldung von 1,57 Billionen € ab, dann „kamen die deutschen Haushalte auf ein Nettogeldvermögen von 2,69 Billionen €", das macht geteilt durch die Zahl der Haushalte nach Adam Riese pro Haushalt im Durchschnitt knapp 70.000 €.

So einfach ist die Wirklichkeit unseres studierten Bundesbankpräsidenten. Sein etwas abgewandelte Motto lautet offenbar: Über die Frage, wer das Geld hat, spricht man nicht, Geld hat man.

Dass durchschnittlich alle, die bis zu 3.000 Euro verdienen weit unter der Durchschnittssparquote von 10,7 Prozent bleiben, dass alle, die ein Monatseinkommen von rund 1.000 Euro haben, im Durchschnitt verschuldet sind, dass alle, über 4.000 Euro

Monatseinkommen aber eine Sparquote von 14 Prozent und alle, die an die 7.000 monatlich haben, sogar über 22 Prozent ihres Monatseinkommens sparen können, interessiert im Durchschnitt ja nicht.

Dass die unteren 50 Prozent der Haushalte laut Armutsbericht der Bundesregierung gerade mal 4 Prozent des deutschen Vermögens besitzen und die oberen 10 Prozent über 47 Prozent davon haben, das geht natürlich in die „Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung" unseres Bundesbankpräsidenten nicht ein. Wozu auch, in der „Gesamtwirtschaft" zählt eben nur das Geld, nicht wer es hat. Hauptsache man gehört zu denen, die Geld haben.

Dass wir im Vergleich zu den skandinavischen Ländern, den Niederlanden, Österreich, Großbritannien, Japan oder USA ein recht hohe Sparquote haben, und dass der seit Jahren andauernde Anstieg unserer Sparquote etwas mit der schlechten Nachfrage und damit der miesen Binnenkonjunktur und der hohen Arbeitslosigkeit zu tun haben könnte, bringt unseren ehemaligen „Wirtschaftsweisen" auch nicht ins Grübeln.

Dass privater Reichtum etwas mit einem armen Staat zu tun haben könnte, kommt Axel Weber, der von seinem Präsidentensessel ständig Steuersenkungen und staatliches Sparen anmahnt, gleichfalls nicht in den Sinn: „Die deutschen privaten Haushalte haben im vergangenen Jahr vor allem mehr gespart und zudem von Wertsteigerungen ihrer Vermögen profitiert." Demgegenüber weise der Staat permanent hohe Defizite auf, beklagt Axel Weber in einem Atemzug.

Jedes Milchmädchen könnte ausrechnen, dass wenn die Einkommens-, die Kapitalertragssteuern und die Vermögensteuer ständig gesenkt werden, der Staat dementsprechend weniger Steuern einnimmt. Und wenn der Staat die Ausgaben für Investitionen, für Sozialleistungen und Bildung nicht noch mehr kürzt, als er es ohnehin schon tut, dann weist er eben Defizite auf.

Und wenn der Staat dazuhin die Steuern gerade auch für diejenigen senkt, die ohnehin am Monatsende genug übrig haben, um zu sparen, dann kann diese Einkommensgruppe das, was sie an Steuern gespart haben, eben zusätzlich privat sparen. Diese Reicheren können sogar dann das zusätzlich Gesparte dem defizitären Staat wieder leihen und so für das durch die Steuersenkungen Gesparte nochmals Zinsen vom Staat kassieren. Zinsen und Anleihen, die dann unser aller Enkel an die erbenden Enkel unserer heutigen Nettogeldvermögensbesitzer zurückgezahlt werden müssen.

Kein Wunder also, dass das Nettogeldvermögen ständig wächst. So werden die deutschen

Haushalte am Ende des laufenden Jahres vielleicht sogar auf ein Nettogeldvermögen von im Durchschnitt 75.000 oder gar 80.000 Euro kommen. Es wird nur noch ungleicher verteilt sein als im zurückliegenden Jahr.

Wenn unseren Bundesbankpräsidenten auch die Verteilung der Nettogeldvermögen nicht weiter kümmert, so kümmert er sich doch inbrünstig um seine Besitzer: „Je nach Höhe der Inflationsrate ergeben sich über einen längeren Zeitraum erhebliche Wertverluste des ersparten Vermögens“ warnt er. „Gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir im Rat der Europäischen Zentralbank stets vorausschauend und entschlossen handeln, um Preisstabilität zu gewährleisten“, betont Weber.

Jetzt verstehen wir auch, warum die Zentralbanker auch schon bei einer Inflationsrate von 1,9 Prozent auf die „Zinsbremse“ treten und damit sogar riskieren, den zaghaften Aufschwung abzuwürgen. Der Grund ist: Die Nettogeldvermögensbesitzer müssen vor Inflationsverlusten geschützt werden. Und Nettogeldvermögensbesitzer sind ja – wie wir vom Bundesbankpräsidenten gelernt haben – wenigstens durchschnittlich wir alle.

Für wie dumm darf der Bundesbankpräsident die übergroße Mehrheit der unterdurchschnittlichen Nettogeldvermögensbesitzer eigentlich halten?